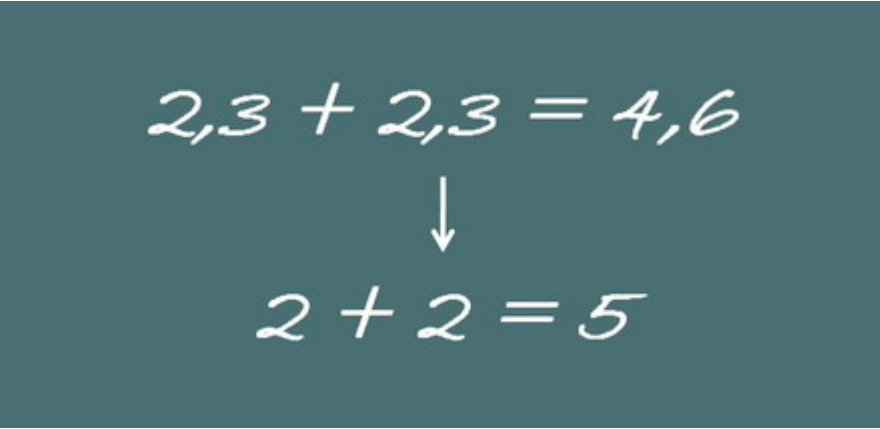


Die pentistische Bildungsreform


$$2,3 + 2,3 = 4,6$$

↓

$$2 + 2 = 5$$

Der Beweis, dass zwei plus zwei nicht unbedingt gleich vier sein muss, ist schnell erbracht: 2,3 plus 2,3 ergibt erwiesenermaßen 4,6. Nun lässt sich 2,3 mathematisch völlig korrekt zu 2 abrunden, während man 4,6 nicht minder korrekt auf 5 aufrunden kann. Sehen Sie?

(Von Esteban Escobar)

Das, was heute als selbstverständlich gilt – dass 2 plus 2 ebenso 5 ergeben kann wie 4, war keinesfalls immer so. In den ersten Jahren unserer Bewegung stießen wir auf den erbitterten Widerstand des wissenschaftlichen Establishments, welche das damalige Bildungswesen fest im Griff hatte.

Durch (das muss ich in aller Bescheidenheit so sagen) spektakuläre Auftritte gelang es uns allerdings, Stück für Stück in das Bewusstsein der Öffentlichkeit vorzudringen. Ohne die tatkräftige Unterstützung seitens engagierter Journalisten wäre dies freilich nicht so ohne weiteres möglich gewesen.

Nur allzu gut erinnere ich mich noch an unseren Auftritt auf dem Bundesmathematikerkongress 2014. Als sich gerade ein gewisser Professor Dr. Schock endlos über Iterationsverfahren und Integralgleichungen ausließ, sprangen wir aufs Podium, besetzten die Mikros, skandierten unseren Slogan und schwanken

das dazugehörige Transparent:

Zwei plus zwei gleich einerlei, drei, vier, fünf, es bleibt dabei!

Das Publikum reagierte geschockt. Im Nu wurden wir von Sicherheitskräften abgeführt und unsanft aus dem Saal geworfen. Unseren Zweck aber hatten wir erreicht: Unser Bild gelang auf die Titelseiten der Lokalzeitung und des „Magazins für kritische Mathematik“, wurde im Spiegel, der FAZ und der Süddeutschen abgedruckt und ging als Ikone um die Welt, wodurch allenthalben an Universitäten, an Schulen und auf Kongressen ähnliche Aktionen inspiriert wurden.

Nicht immer hatten die Anhänger unserer Bewegung – wir bezeichneten uns inzwischen als Pentisten – die Freiheit, ihre Forderungen ungehindert zu vertreten. In Portugal wurde einem jungen Referendar fristlos gekündigt, als er versuchte, seinen Schülern die Grundlagen des Pentismus verständlich zu machen. An der Universität Innsbruck hatte ein Professor der Volkswirtschaftslehre pentistischen Studierenden offen mit Nichtbestehen gedroht, sollten sie während der Prüfung von ihren Überzeugungen Gebrauch machen.

In anderen Gegenden der Welt kam es zu Fällen offener Gewaltanwendung. An der Universität Carabobo in Venezuela wurden demonstrierende Pentisten durch einen Wachmann gewaltsam aus der Fachbibliothek gedrängt, nachdem die Demonstranten völlig gewaltfrei einige reaktionäre mathematische Machwerke zum Fenster hinaus geworfen hatten. Als sich rund zwei Dutzend Aktivisten todesmutig gegen den Wachmann zur Wehr setzten, wurde der junge Student Elvio Lento durch einen Schuss tödlich getroffen.

Dies war ein Fanal! Überall auf der Welt kam es zu Elvio-Lento-Trauerzügen und Demonstrationen vor den Botschaftsgebäuden Venezuelas. Der Tag der Tat, der 16. Oktober, wurde zum Carabobo-Day deklariert. Carabobo-Märsche gehören heute zum allgemeinen Kulturgut, das keine größere

Stadt der westlichen Welt missen möchte.

Für mich selbst begann mit den damaligen Aktivitäten meine politische Karriere. Gemeinsam mit Gleichgesinnten gründeten wir die Pentos-Gruppe innerhalb der SPD, die durch ihren hohen Lehreranteil eine dankbare Plattform für die Verbreitung und Durchsetzung unserer Vorstellungen bietet. Nicht dass es einfach gewesen wäre. Insbesondere der konservative Seeheimer Kreis machte uns anfangs das Leben schwer. Aber wie heißt es so schön: steter Tropfen höhlt den Stein. Mein erstes Mandat hatte ich im saarländischen Landtag inne, bevor ich vier (oder waren es fünf?) Legislaturperioden später in den Bundestag gewählt wurde.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultur im Saarparlament konnte ich die pentistische Bildungsreform auf den Weg bringen. Seit dem 1. August 2019 ist es keinem saarländischen Lehrer mehr erlaubt zu behaupten, dass zwei plus zwei einzig und allein vier ergäbe. Abweichende Antworten und Prüfungen sind als gleichwertig anzuerkennen. Für das Hochschulwesen gilt Entsprechendes.

Im Frühjahr 2021 folgte Bremen, und etwas später Nordrhein-Westfalen unserem Beispiel, wo die pentistischen Lehrvorstellungen seit dem Schuljahr 2021/22 verbindlicher Lehrinhalt sind. Als letztes Bundesland schloss sich Baden-Württemberg der Reform an.

Als Bundestagsabgeordneter habe ich mich dann im Menschenrechtsausschuss engagiert. Schließlich gibt es noch bis heute Menschen in unserem Land mit antiquierten Mathematikvorstellungen, die unter Berufung auf mehr als zweitausend Jahre alte Schriften steif und fest behaupten, dass zwei plus zwei gleich vier – und nur gleich vier! – sei. Durch entsprechende Gleichstellungsgesetze und die dazugehörigen Gleichstellungsbeauftragten konnten wir zumindest gegen die Diskriminierung von Pentisten im Berufsleben und im Vertragsrecht angehen. Ganz gleich, ob in

der Architektur, in der Industrie, in der Buchführung oder im Sport – überall hat sich nun die Erkenntnis durchgesetzt, dass man fünfmal auch gerade sein lassen muss. Ärgerlich sind nur jene zahlreichen Unternehmen, die ihre Forschungseinrichtungen und Produktionsanlagen (aus mir völlig unverständlichen Gründen) ins nichteuropäische Ausland verlagert haben.

Nach meinem Ausscheiden aus dem Bundestag führe ich nun die Bundesgeschäftsstelle des Vereins zur Pentophopieforschung e.V. und genieße von dort den Ausblick über den Wannsee. Gefördert wird der Verein mit Mitteln des Bundeswissenschaftsministeriums und der Europäischen Union.

Der rund acht Millionen Euro teure Vereinssitz kann sich in der Tat sehen lassen. Gebaut wurde er von einem pentistischen Architekten nach neuesten pentistischen Erkenntnissen. Nur, wenn ein LKW auf der nahen Bundesstraße vorbeibraust, bröckelt der Putz und in den Wänden bilden sich Risse. Ein Antrag an den Senat, die B1 für den Durchgangsverkehr zu sperren, wurde bereits gestellt. Wahrscheinlich kommt er ohne Gegenstimme durch. Denn wer möchte schon als Pentenfeind gelten?

Das vorliegende Manuskript wurde unter den Trümmern der am 1. August 2044 eingestürzten Vereinszentrale aufgefunden. Auch wenn derzeit noch keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen, schließt die Polizei eine politisch motivierte Straftat nicht aus. Nachbarn gaben allerdings an, unmittelbar vor dem Einsturz ein lautes Niesen gehört zu haben.

Mannheim: Studentin von Asylanten vergewaltigt

Polizei und Staatsanwaltschaft hatten sich am Dienstag zunächst aus „ermittlungstaktischen Gründen“ zu dem Fall nicht geäußert. Vermutlich hält man sich bei den Ermittlern auch deshalb so bedeckt, weil es sich bei dem Festgenommenen um einen Asylbewerber aus der Sammelunterkunft in der Industriestraße handeln soll und man vor diesem Hintergrund besonders sensibel mit den Ermittlungsergebnissen umgehen will, um fremdenfeindliche Stimmungen und Reaktionen zu vermeiden. *(Deutschland hat fertig!)*

» Kommentar: Falsches Schweigen

Warum wir Recht haben, den Islam zu kritisieren

✘ Von unseren Linksguten wird bei den zahlreichen Fällen von täglicher Bereicherung immer gern beteuert, dass es sich um Einzelfälle handle. Die Palette der Gewalt ist weit gefasst. Ganz gleich, ob ein genervter U-Bahn-Gast eine Gruppe „Südländer“ freundlich bittet, ihre Musik leiser zu drehen und daraufhin zu Tode getreten wird, oder ob überall auf der Welt irgendwo Moslems unter Allahu-Akbar-Rufen im Namen des Islams Menschen verstümmeln, wo es doch die perfekten Kreaturen ihres Allah sind (denn Allah macht alles immer richtig). Nichts davon hat mit dem wahren Islam zu tun – so will man uns weiß machen.

(Von Pythagoreer)

Auch habe es nichts mit dem wahren Gesicht des Islam zu tun, wenn Christen in Syrien und überall auf der Welt in islamischen Staaten verfolgt und getötet werden, wenn in Deutschland Kirchen zerstört oder durch islamische Kampfrufschmierereien aus der Sprühdose geschändet werden.

Wir fragen uns: Wenn dem so ist, warum geht kein Aufschrei durch Deutschlands Moscheeverbände und Islamvereinigungen, warum spricht kein einziger Imam in der Tagesschau und entschuldigt sich vor aller Öffentlichkeit bei den Menschen der Leitkultur seines Gastlandes für die Frevel seiner Mitbrüder? Warum geht kein einziger Moslem auf die Straße und demonstriert gegen die Christenverfolgung in der Heimat und gegen Kirchenschändungen durch Glaubensbrüder in Deutschland? Solange die hiesigen Muslime zu den Greuel- und Schandtaten ihrer Mitbrüder schweigen und sich nicht öffentlich, glaubhaft und nachhaltig distanzieren, so lange müssen wir davon ausgehen, dass sie mit den Verbrechen einverstanden sind und allenfalls zu feige waren, selbst solche Taten zu begehen; wir müssen sogar davon ausgehen, dass sie sich insgeheim über die aggressive Vorgehensweise ihrer Mitbrüder zur Missionierung der „Ungläubigen“ im Sinne des Islam freuen.

Solange uns kein Politiker der etablierten Großparteien eine plausible Antwort auf diese Fragen geben kann, solange haben wir das Recht, uns gegen diese invasive Weltanschauung namens Islam zur Wehr zu setzen, damit wir und unsere Heimat nicht auch eines Tages seinem Wahn anheimfallen.



Deutsche Schulkinder wollen zusammen lernen



Dürfen sie das? Kann und darf es in Buntland erlaubt werden, dass sich eine Gruppe von ~~ausländerfeindlichen~~ Eltern durchsetzt, die ihre Kinder alle in derselben Klasse eingeschult haben wollen – wie jüngst in Stuttgart geschehen? Mit dieser schwierigen Frage befasst sich derzeit das Staatliche Schulamt.

Die Stuttgarter Zeitung berichtet:

Der Anlass: an der Heusteigschule im Süden hat eine Gruppe deutscher Eltern, deren Kinder sich aus dem Kindergarten kennen, durchgesetzt, dass alle in dieselbe Klasse eingeschult worden sind. Im Ergebnis führte dies bei der Bildung der beiden ersten Klassen zu einer klaren Aufspaltung von deutschen und Migrantenkindern. Und zu Unmut aus den Reihen der Migranteneltern.

Ein Vater hatte zunächst sogar erwogen, sein Kind in die „deutsche Klasse“ hineinzuklagen, es dann aber gelassen, weil er Nachteile für sein Kind befürchtete. Eine Mutter berichtete, es habe sie gestört, dass sich eine Gruppe von Eltern zusammengetan und sich mit ihrem Klassenwunsch bei der Schulleitung durchgesetzt habe. Der Elternvertreter sehe dies zwar eher locker – „aber es gibt Eltern, die sagen, es war nicht korrekt, was die Schulleitung da gemacht hat – eine

ausgewogene Zusammensetzung wäre angebracht“. Doch es sei wohl darum gegangen, die Schülerzahl zu halten. Denn laut Schulamt sind an der Heusteigschule 33 Erstklässler angemeldet – also eine Zahl, die nur knapp über dem Klassenteiler liegt. Und es wird kolportiert, dass die Gruppe der deutschen Eltern die Schulleiterin damit erpresst haben soll, dass sie andernfalls ihr Kind woanders anmelden würde, etwa auf einer Privatschule.

Die Schulleitung war für eine Stellungnahme gegenüber der StZ nicht zu erreichen. Ulrike Brittinger, die Leiterin des Staatlichen Schulamts, bestätigte jedoch die Verwerfungen an der Heusteigschule. Die Situation dort sei „verzwickt“, so Brittinger. Mehrfach sei das Schulamt deshalb zu Gesprächen an die Heusteigschule gekommen. Brittinger betont: „Die Klassenzusammensetzung wurde nicht bewusst so gesteuert.“ Das Gleichgewicht sei auch dadurch verschoben worden, dass von den neun Migrantenkinder, die in die Klasse mit der großen deutschen Gruppe hätte kommen sollen, vier gar nicht erschienen seien. Laut Brittinger soll die Schulleiterin den unzufriedenen Eltern angeboten haben, in die andere Klasse zu wechseln, doch das sei nicht geschehen. Weder der eingangs erwähnten Mutter noch jenem Vater war dies allerdings bekannt – wieso hätte er sonst eine Klage in Erwägung ziehen sollen?

Grundsätzlich, so Brittinger, versuche man schon, Kinder beieinander zu lassen, die sich aus dem Kindergarten kennen. Dieser Wunsch werde häufig an die Schulen herangetragen. Aber: „Klassenbildung ist Aufgabe der Schulleitung.“ Brittinger betont jedoch: „Kinder mit Migrationshintergrund haben nicht automatisch einen Sprachförderbedarf.“ Aber die Schulamtsleiterin räumt auch ein: „Unser Ziel ist schon eine gewisse Heterogenität.“ Deshalb werde es kein Schulleiter darauf anlegen, reine Migrantenklassen zu bilden. Im Übrigen, so Brittinger, sei die Frage des Milieus entscheidender als die der Migration. Und diese könne sich auch über die Wahl eines bestimmten Kindergartens ausdrücken. „Da müssen wir

noch mal hinschauen.“

Inzwischen, so Brittinger, sei aber „ein großer Teil der Elternschaft mit der Situation zufrieden“ und wolle gar nicht mehr wechseln. Besonders positiv werde die erfahrene Lehrerin bewertet.

Sabine Wassmer vom Gesamtelternbeirat berichtet, immer wieder verlangten Eltern, dass ihr Kind in eine bestimmte Klasse eingeschult werde. Führe das jedoch zu einer Selektion, so fände sie das „bedenklich – wir sind schließlich Europa“. Im Übrigen sei sie „nicht davon überzeugt, ob es gut ist, große Gruppen aus einem Kindergarten in eine Klasse zu tun – sonst gibt es da die Kitagruppe – und die anderen“. Doch die Elternvertreterin sagt auch: „Die Drohung mit der Privatschule kann ich nicht mehr hören.“



**Trümmerfrauen-Denkmal: Grüne
massiv in Kritik –
Republikaner & Freiheit legen
Kranz nieder**



Am heutigen Freitag, den 13.12.13 um 13 Uhr werden Mitglieder der Parteien Republikaner und Freiheit einen Kranz zu Ehren der Münchner Trümmerfrauen an das Denkmal auf dem Marstallplatz legen. Ein klares Zeichen, dass die aufopferungsvolle Arbeit dieser fleißigen Frauen gewürdigt wird. Gleichzeitig werden im Rahmen einer Kundgebung die antipatriotischen und linksextremen Tendenzen der Grünen aufgezeigt. Ein Gründungsmitglied dieser Partei aus dem Jahre 1979, jetzt bei der Freiheit, wird sich zu den verhängnisvollen Entwicklungen dort nach der Machtübernahme durch linke und linksextreme Gruppen äußern. Mittlerweile regt sich in München ein wahrer Proteststurm gegen die grüne Verhüllungsaktion (*kleines Foto oben links*), die den Trümmerfrauen pauschal eine „Nazi“-Nähe zuschieben wollte. **Update:** Mittlerweile wurde Strafanzeige gegen die Grüne Katharina Schulze gestellt

(Von Michael Stürzenberger)

Es passt in das typisch grüne Verhaltensmuster, konservativ-bürgerlich Andersdenkende in die Nazi-Tonne zu treten. Eine übliche Methode dieser linken Meinungsfaschisten, ihnen widersprechende Ansichten damit mundtot machen zu wollen. Das nervt mittlerweile viele Bürger, wie der FOCUS berichtet:

Der Stein ist zwar inzwischen wieder sichtbar, doch ein Shitstorm gegen die Grünen verbreitet sich im Netz. Allein der Ursprungs-Artikel der „Abendzeitung“ wurde nach Angaben der Zeitung binnen wenigen Stunden 15.000 Mal geteilt. Viele Leser posteten wütende Kommentare. Viele verteidigten ihre Angehörigen, wie „Holly“: „Ich lasse meine Oma und meine

Mutter, beide schon verstorben, von den Grünen nicht in den Dreck ziehen!“ Andere fordern Rücktritte oder sogar Parteiverbot, wie jemand, der sich „Der Wüterich“ nennt: „Wenn wir nach dem Krieg solche Pappnasen wie die grünen gehabt hätten, dann wäre Deutschland bis heute noch nicht aufgebaut. Verbot der Grünenpartei und Anklage wegen Volksverhetzung. SOFORT“. Bald bildete sich eine Facebook-Gruppe, die den Rücktritt der beiden Politiker fordert.

Hier die Facebook-Seite „Ehrt die Trümmerfrauen“, die als Reaktion auf die üble Verhüllungs-Aktion der Münchner Grünen ins Leben gerufen wurde. Die Abendzeitung berichtet über Mordaufrufe, die dort in den weit über 100.000 Kommentaren gegen Grüne gepostet worden seien. Bezeichnungen wie „Linksextreme Rotzgöre“ muten demgegenüber schon wie ein Kosenamen an:

„Entsorgt die Grünen!“

„Geht rein in die Geschäftsstellen der Grünen und macht das, wozu euch gerade zu Mute ist.“

„Am Reichstag aufhängen!“

Wir von PI lehnen selbstverständlich jede Form der Gewalt oder Aufrufe hierzu ab. Die Grünen sind argumentativ bloßzustellen. **Update:** Gegen die grüne „linksextreme Rotzgöre“ Katharina Schulze gibt es mittlerweile eine Strafanzeige von einem Immobilienmakler aus Miesbach:

Er wirft ihr vor, „das Andenken an die Trümmerfrauen zu verunglimpfen und sie in ihrer jeweiligen Persönlichkeit herabzusetzen.“ Damit habe sie Paragraf 189 des Strafgesetzbuches verletzt, nach dem die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener mit bis zu zwei Jahren Gefängnis oder Geldstrafe bestraft werden kann. Hinter der Strafanzeige steht ein Immobilienmakler aus Miesbach, Maurice I.

Im Kommentar der Abendzeitung bezeichnet Redakteur Timo Lokoschat die Verhüllungs-Aktion der Grünen als „geschmacklos und unsensibel“:

Trotzdem ist ihre Idee, eine Art beschrifteten Kartoffelsack über ein Denkmal zu stülpen, das an „Trümmerfrauen“ und darüber hinaus die „Aufbaugeneration“ erinnert, geschmacklos und unsensibel, ohne Not hochnotpeinlich; stellen sie damit doch die Leistung einer ganzen Generation unter Generalverdacht. (..)

Politisch gesehen ist das an Instinktlosigkeit kaum zu überbietende Manöver für die Partei nämlich eine Katastrophe. Die wackere Sabine Nallinger, die in wenigen Monaten als Münchner Oberbürgermeisterin kandidiert, kann einem leid tun, wenn das die Wahlkampf-Unterstützung der Landesgrünen sein soll.

Treibende Kraft bei der Errichtung des Trümmerfrauen-Denkmal war übrigens Stadtrat Reinhold Babor, Chef der CSU-Seniorenunion und stellvertretender Vorsitzender des Vereins „Dank und Gedenken der Aufbaugeneration, insbesondere der Trümmerfrauen e.V.“. Er ist bekanntlich auch sehr islamkritisch eingestellt und machte 2011 seinen Widerstand gegen Imam Idriz und sein geplantes Europäisches Islamzentrum in München öffentlich. Bevor er von der Münchner CSU einen Maulkorb umgehängt bekam, nannte er es einen „Hort der Islamisten“. Babor setzte die Initiative für das Denkmal über den Freistaat Bayern in Gang, nachdem die rotgrüne Stadt München gegen das Projekt gemauert hatte. Als der Gedenkstein im Mai enthüllt wurde, war neben Kirchenvertretern auch Münchens CSU-Chef Ludwig Spaenle vor Ort, der in der Süddeutschen Zeitung zu Wort kommt:

Der stand daher bei der Grünen-Aktion am Donnerstag besonders in der Kritik. Und zeigt sich darüber empört. Schließlich habe er, Spaenle, bei seiner Rede explizit auf die deutsche

Verantwortung für die Shoah hingewiesen und eine klare Einordnung der historischen Situation vorgenommen. „Wir wissen um die Verantwortung“, steht auf dem Gedenkstein – ein Satz, den der Historiker Spaenle seiner eigenen Intervention zuschreibt. Es sei „aberwitzig“, diese geschichtspolitische Einschätzung nun in Frage zu stellen. Die Aktion der Grünen sei „ziemlich plump“ und zeuge von „Oberlehrer-Mentalität“.

Interessanterweise ertönt auch aus den Reihen der Grünen selber Kritik, beispielsweise von Wolfgang Leitner, der bei der Kommunalwahl am 16. März 2014 für den Münchner Stadtrat kandidiert:

„Meine Oma hat in den Münchner Nachkriegsjahren sechs Kinder großgezogen, sehr oft unter schwersten Bedingungen und auch wenn sie bei den großen Räumaktionen nicht dabei war und vielleicht nie einen Ziegelstein in der Hand hatte – sie gehört zur Generation der ‚Trümmerfrauen‘, zumindest aber zur Aufbaugeneration.

Wer nur das Bild sieht, wie Ihr ein Banner über das Denkmal zieht, das pauschal von Alt-Nazis spricht, wird sich fragen, wen Ihr damit meint. Eine ganze Generation? Alle MünchnerInnen, die die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut haben?“

Denk(t)-mal nach!“

Über twitter schrieb er gar:

„Was für eine schwachsinnige Aktion! Rechthaberei um jeden Preis.“



In der Welt wird mit der Geschichtslüge der Münchner Grünen aufgeräumt:

Volksmund tut Wahrheit kund – jedenfalls manchmal: Zum „Rama dama“ hatte Münchens Oberbürgermeister Thomas Wimmer im Oktober 1949 aufgerufen. Tausende Münchner, Männer wie Frauen, folgten ihm und schaufelten Trümmer von den Straßen.

Das oberbayerische „Rama dama“ bedeutete auf Hochdeutsch so viel: „Aufräumen tun wir!“ Dieser Ausdruck wird bis heute in München verwendet und immer verstanden: Es geht um gemeinsames Zupacken. (..)

Wer sich jenseits der einseitigen Interpretation von Zeitgeschichte mit der Schuttbeseitigung und dem deutschen Symbol „Trümmerfrauen“ beschäftigt, erkennt jedoch schnell: Schulze, Dürr und ihre Unterstützter zielen mit solcher Kritik weit an der Realität vorbei.

Bei insgesamt 74 Bombardements der Alliierten zwischen Juni 1940 und Ende April 1945, davon 66 Großangriffen, wurde etwa jedes zweite Gebäude der bayerischen Hauptstadt schwer beschädigt oder zerstört, in der Innenstadt sogar neun von zehn Bauten. Nach Schätzungen gab es fünf Millionen Kubikmeter Schutt mit einem Gewicht von mehr als sieben Millionen Tonnen.

Nach der Auslegung der Stadtarchiv-Recherchen durch Schulze

und Dürr hätten 1500 Menschen diese immensen Schuttberge beseitigen müssen. Das ist natürlich absurd, denn zunächst ging es den amerikanischen Besatzungstruppen wie in allen anderen deutschen Städten nur darum, die Straßen soweit wie möglich freizumachen. (..)

Man darf auch nicht nur auf die offiziell bei Schuttbeseitigung beschäftigten Frauen schauen. Sicher mehr als hunderttausend Mütter in der 1945 auf eine knappe halbe Million Menschen geschrumpften Bevölkerung Münchens leisteten im Kleinen Aufbauarbeit, indem sie für ihre Kinder und sich halbwegs bewohnbare Quartiere improvisierten. Diese Tätigkeiten gehört zum Bild der „Trümmerfrau“ ebenso wie das Beladen und Schieben von Schmalspurwaggons und das sprichwörtliche Steinklopfen, also das Nutzbarmachen von Ziegeln zerstörter Gebäude.

Ohnehin zielt der Münchner Gedenkstein keineswegs nur auf die tatsächlich symbolisch überhöhten Schutträumerinnen im offiziellen Auftrag. Deshalb ist das Denkmal „den Trümmerfrauen und der Aufbaugeneration“ gewidmet. Denn es waren überwiegend die Frauen der Jahrgänge 1895 bis 1925, die in den ersten Nachkriegsjahren die schwer getroffene Gesellschaft am Laufen hielten.

Heute um 13 Uhr werden die Republikaner zusammen mit der Freiheit einen Kranz am Denkmal niederlegen, um den Trümmerfrauen Dank auszusprechen und die Grünen mit ihrem schon fast pathologischen „Kampf gegen Rechts“-Wahn, ihrem notorischen Anti-Patriotismus und ihrer linksideologischen Verbohrtheit bloßzustellen.

Zum Thema ein Kommentar von PI-Gastautor Pythagoreer:

Die Grünen und ihr Feindbild: Das Volk

Es zeigt sich immer wieder, wie verwundert die Grünen über das Bürgerecho sind, wenn sie mal wieder in ihrer

grenzenlosen Selbstüberschätzung völlig an der Sache vorbeigelaufen sind. Da verhüllten sie und schändeten damit ein Denkmal zu Ehren der Münchner Trümmerfrauen und ernteten einen Sturm der Entrüstung, vor allem übers Internet. Die Grünen-Politiker Katharina Schulze und Sepp Dürr können das natürlich überhaupt nicht nachvollziehen, sie wollten doch nur auf die Geschichte aufmerksam machen und ein richtiges (?) Bild von der Aufarbeitung der Geschichte mahnend in Erinnerung rufen.

Viele Bürger fühlten sich und vor allem ihre inzwischen verstorbenen Angehörigen, die am Wiederaufbau nach dem Krieg beteiligt waren, hingegen diffamiert und reagierten entsprechend mit heftigen Mails und Facebookbeiträgen. Auch wurde zu diesem Zweck eine eigene Facebookseite gegründet, die innerhalb kürzester Zeit über 19.000 Likes registrierte.

Nun ist sogar von einem „Nazi-Shitstorm“ die Rede, aber wir kennen ja die alte Leier: Alles, was den Grünen und der Gutmenschenpresse nicht gefällt, wenn es um die Aufarbeitung historischer Fakten geht, ist grundsätzlich braun, so spart man sich die Argumente. Die Grünen sollten, wie übrigens alle Politiker, mal lieber dem Volk mehr aufs Maul schauen und sich für seine Interessen einsetzen anstatt es zu beschimpfen, denn sie geben ja vor, genau diese Volk zu vertreten und werden von ihm gut bezahlt.

Stattdessen ängstigen sie sich nun vor einem angeblichen großen braunen Sumpf. Aber es werden sogar Stimmen nach Parteiverboten der Grünen laut: Grün hat abgewirtschaftet.

Freitag, 13-14:30 Uhr, gemeinsame Kundgebung der Republikaner und der Freiheit in der Alfons-Goppelstraße am Marstallplatz in München. Anschließend Kranzniederlegung.



El Masri muß wieder in den Knast



Der Lieblings-Libanese des linken Deutschland, Khaled el Masri, muß schon wieder ins Gefängnis. *Das Landgericht Kempten verurteilte den 50-Jährigen am Mittwoch wegen Beleidigung, Körperverletzung und Bedrohung zu einer siebenmonatigen Haftstrafe. Das einstige Entführungsoffer des US-Geheimdienstes hat nach Überzeugung des Gerichts im Juli im Kemptener Gefängnis einen Vollzugsbeamten beleidigt und ihm aus „nichtigem Anlass“ mit zwei Fingern ins Gesicht geschlagen. Dem OB von Neu-Ulm hat er ja auch schon eine gescheuert, aber der Arme ist so traumatisiert – wir müssen einfach Verständnis haben!*

Akif Piriñcis Zeichen gegen Homophobie



„Gentlemen gegen Homophobie“ heißt es bei GQ. Um gegen Intoleranz anzukämpfen, hat GQ eine Aktion gestartet, in der Männer wie Herbert Grönemeyer und August Diehl, Moses Pelham und Thomas D, Fettes Brot, Revolverheld, Kostja Ullmann, Ken Duken und die Beachvolleyball-Olympiasieger Julius Brink und Jonas Reckermann ein Zeichen gegen Homophobie setzen: Sie küssen sich. Für Akif Piriñci reicht das noch nicht aus...

Städteranking: Autos vorn, Energiewende hinten



Das aktuelle Heft

der Wirtschaftswoche enthält ein umfangreiches Städteranking. Chefredakteur Tichy sieht in einem klugen Artikel die Autostädte vorn und die Metropolen, wo die Energiewende wütet, hinten: *Dass die Automobilindustrie für den Wohlstand in Deutschland wichtig, vielleicht sogar schon übermächtig ist, zeigen volkswirtschaftliche Daten, aber mehr noch das Alltagsleben in den Autostädten: Ein halbes Dutzend Museen, Arbeitskräftemangel und üppige Sozialleistungen in Ingolstadt (Audi), moderne Spitzenarchitektur anstelle der Notbauten in Wolfsburg (VW), Immobilienboom in Regensburg (BMW) und eine Aufholjagd mit neuen Arbeitsplätzen und messbar mit allen Wohlstandsindikatoren in Leipzig (Porsche und BMW) – die dynamischsten Städte Deutschlands sind die Autostandorte mit ihrem dichten Geflecht der Zulieferindustrie...*

Und über die Verlierer schreibt er:

*Aber die wahren Verlierer der Energiewende sind Städte wie Wuppertal, das früher so wohlhabende Krefeld oder Oberhausen, das einstmals so erfindungsreiche Remscheid wie die früher kraftstrotzenden Städte Bottrop, Herne und Gelsenkirchen: Sie trifft **der staatlich verordnete Niedergang der großen bundesweiten oder regionalen Energieerzeuger**, die Auswirkung auf die Zulieferindustrien und zunehmend der sich*

beschleunigende Zusammenbruch der Grundstoffindustrien. Seit die administrierten Strompreise explodieren, kollabieren die Edelstahlwerke, und es beschleunigt sich die Deindustrialisierung, weil Chemiefabriken und Weiterverarbeiter still und leise „Tschüss!“ zur früheren Herzkammer der Industrie sagen.

*Es ist schwer für eine Stadt, vorwärts zu kommen, wenn die Schlüsselindustrien sterben, weil **ihnen der Saft abgedreht wird**. Und es ist ein Lehrstück über **eine verächtliche Politik**, die glaubt, dass Wirtschaft schon immer irgendwie und unbegrenzt weitergeht. Irgendwann geht sie weg.*

Wie wahr! Die Energiewende hat viel mehr Weiterungen, als sich dies die gehirngewaschenen Lieschen Müller und Otto Normalverbraucher vorstellen. Da wurden und werden Billionenwerte von einer durchgeknallten linken Politik einfach aus grünem Jux und roter Tollerei vernichtet, und ganze Regionen geraten in die Armut! (Das Städteranking *(ist auch etwas unübersichtlich online!)*)



Rockender Religionsbehörde läuft Sturm **Imam:**



Ahmet Muhsin Tüzer

(Foto) arbeitet als Imam in Pinarbasi, einem kleinen Ort an der türkischen Küste in der West-Türkei. Sein Hobby: Rockmusik! Ebenso wie sein Glaubensbruder Pierre Vogel in Deutschland will der ungewöhnliche Imam junge Zielgruppen erreichen – auch über Facebook, Twitter, Youtube. Doch sein Arbeitgeber, die staatliche, türkische Religionsbehörde, versteht keinen Spaß. Der 42-Jährige sieht sich harscher Kritik ausgesetzt und hat mit seiner Rockband „FiRock“ das Mufti-Amt von Antalya auf den Plan gerufen. Ein solches Hobby zieme sich nicht für sein Amt, so dessen Argumentation. Jetzt soll der Fall vor die Religionsbehörde gezerzt werden.

(Von Verena B., Bonn)

Der progressive Imam sieht den Fall jedoch ganz anders. Er mache ja keine „Teufelsmusik“, keinen „Death Metal“, singe nicht über „Satan“, „Sex“ oder „Gewalt“, sondern rufe zu Frieden, Brüderlichkeit und Freundschaft auf. „Der Prophet Mohammed hätte meine Aktion unterstützt“, ist sich Tüzer sicher, auch wenn es für einen islamischen Geistlichen sicher ungewöhnlich sei, Rockmusik zu spielen. Genau damit wolle er die Klischees brechen: Er mischt religiöse Elemente unter die Musik, wollte so zeigen, wie tolerant und offen der Islam sein kann.

Tüzer, der glatt rasiert ist und sich gerne in wilden Outfits zeigt, ist nicht nur ein leidenschaftlicher Musiker, sondern auch ein leidenschaftlicher Islam-Vertreter. Schon sein Vater und sein Großvater arbeiteten als Imame. Sein Idol ist

ausgerechnet Queen-Sänger Freddie Mercury, ein bekennender Homosexueller, der an Aids starb. Sein Traum ist es, einmal mit der Pop-Ikone Madonna zusammen zu musizieren, und die beiden wären in der Tat ein schönes Paar!

Für den unbequemen Imam ist es nicht der erste Konflikt mit der Religionsbehörde. Bis zum Jahr 2000 war er Muezzin in der berühmten Sultanahmed-Moschee in Istanbul, rief die Gläubigen zum Gebet. Doch dann heiratete er – eine Christin! Die Behörde lehnte die Hochzeit ab, er musste zurücktreten. Erst als seine Frau Jahre später zum Islam konvertierte – freiwillig, wie Tüzer natürlich betont – konnte er wieder für die staatliche Religionsbehörde arbeiten.

Die harsche Kritik der türkischen Konservativen konnte den Imam-Rocker jedoch nicht verschrecken. Jetzt nimmt er sogar ein Album auf. Nur noch wenige Tracks und das Debüt des Geistlichen ist endlich fertig.

Der Islam braucht ganz dringend solche Vorbilder, die die Glaubensrichtung aus dem Mittelalter führen. Es ist sicher für den Durchschnittsmoslem nicht unbedingt angenehm, wenn Nicht-Muslime sie nur mit Bombenattentaten in Verbindung bringen. Doch ein friedlicher und fröhlicher Islam scheitert schon am Fundament dieser Religion, die nun mal keine Religion des Friedens und der Freude ist und es wohl nie sein wird – denn sonst wäre ja Islam nicht mehr Islam!

**Elisabeth Sabaditsch-Wolff
bleibt verurteilt**



Der österreichische

Oberste Gerichtshof hat das Urteil gegen Elisabeth Sabaditsch-Wolff (Bildmitte) gestern aufrechterhalten. Sabaditsch-Wolff war im Jahr 2011 zu einer Geldstrafe wegen Herabwürdigung einer Religion (Mohammed und das Kind Aische) verurteilt worden. Der Fall wird nicht zur Wiederverhandlung an ein untergeordnetes Gericht zurückverwiesen. Nach Meinung des Gerichts sei die Diffamierung Mohammeds der primäre Zweck eines Seminars gewesen und nicht der, Faktenwissen über den Islam bereitzustellen.

Daher sei das Seminar kein bedeutender Beitrag zur Diskussion gewesen, der für die Öffentlichkeit von Interesse wäre, sondern stattdessen verfolge es den Hauptzweck der Diffamierung Mohammeds als Pädophile. Das Gericht betrachtet den Fall als Balance zwischen Religionsfreiheit und dem Recht auf Meinungsfreiheit in Bezug auf Artikel 9 und 10 der Menschenrechtskonvention. Das schriftliche Urteil liegt noch nicht vor. Elisabeth Sabaditsch-Wolff wird nun vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen!

(Ein ausführlicher Bericht folgt in Kürze)



Memmingen: Hinweisschilder zur Fatih-Moschee



Ab sofort weiß jeder Besucher der kreisfreien Stadt Memmingen im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, wie er am besten zur dortigen DITIB-Moschee kommt, wichtiger als Rathaus, Marktplatz oder Kirchen: An den Hauptzufahrtsstraßen zur Stadt wurden nette bunte „Verkehrsschilder“, gleich mit Adresse (Schlachthofstr. – wie bezeichnend!) versehen, angebracht, konspirativ ausgeheckt von DITIB, Verkehrsamt und Stadt.

Abgeschaut hat man sich diese neue Masche offenbar von den anderswo seit langem üblichen Hinweisschildern auf christliche Kirchen mit den dazugehörigen Gottesdienstzeiten, meist aber ohne Angabe der Adresse und nur einfarbig mit weißer Schrift. Die Konfession ist darauf in aller Regel mit einem Blick an der Farbe zu erkennen katholisch gelb, evangelisch violett. Hier gibts schon die erste mohammedanische Extrawurst mit

farblicher Hinterlegung einer stilisierten Moschee, als sei man in Memmingen auch noch stolz auf das Ding wie anderswo auf ein historisches Gebäude oder Denkmal, das von überragender Bedeutung für den jeweiligen Ort und darum ein Tourismusmagnet ist.

Die Auswärtigen sollten die Moschee leichter finden, ein Unsinn im Zeitalter von Navi und Smartphone, die unsere Kulturbereicherer dank Hartz IV immer gleich in neuester Version haben. Die DITIB, deren Seilschaften dem Verfassungsschutz hinlänglich bekannt sind, ist jetzt für Memmingens Oberbürgermeister Ivo Holzinger (SPD, kleines Foto) inzwischen offenbar so wichtig, dass jeder Besucher dieser kulturbereicherten Stadt mit der Nase drauf gestoßen werden muss, obwohl anzunehmender Weise die allermeisten Besucher Memmingens auf diesen Hinweis getrost verzichten können.



So ist also davon auszugehen, dass es wieder einmal um eine Zwangsbereicherung der Memminger Bürger durch ihre Politiker geht, denn gefragt wurden die sicher nicht, was sie davon halten, nur zahlen durften sie die Schilder. „Stadt der Menschenrechte“ lässt Memmingen sich gerne nennen. Wessen Menschenrechte aber wohl, mit einer Fatih-Moschee, zu deutsch Eroberer-Moschee? Deutschland schafft sich ab – und Memmingen

ist ganz vorne mit dabei!

Kontakt:

Stadt Memmingen
Oberbürgermeister Ivo Holzinger
Marktplatz 1
87700 Memmingen
Tel. 08331/850-102
Fax 08331/850-163
ob-mm@memmingen.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)



Versorger dürfen Kunden Strom abdrehen



Eine gute Nachricht gegen Rote Socken!
Energieversorger dürfen säumigen Zahlern weiterhin den Strom

abdrehen. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) am Mittwoch entschieden. Seit Jahren, besonders auch seit durch die idiotische Energiewende der Strompreis steigt und steigt, mehren sich die rotversifften Stimmen im Land, daß Strom ein Menschenrecht sei und Bedürftigen und Betrügern kostenlos zur Verfügung gestellt werden müsse. Und wer soll das dann bezahlen? Wieder „die Reichen“ natürlich im linken Gedöns für „mehr soziale Gerechtigkeit“! Das ist vorläufig abgewendet!